
Sendesperfrist: 19. Dezember 2007, 12:00 Uhr MEZ

Hans Georg Fabritius
Mitglied des Vorstands
der Deutschen Bundesbank

Startschuss für SEPA

**Gemeinsame Pressekonferenz des Zentralen Kreditausschuss (ZKA) und
der Deutschen Bundesbank**

19. Dezember 2007

– Es gilt das gesprochene Wort –

Seite 1 von 7

1 SEPA – Keine Option, sondern Notwendigkeit

Meine Damen und Herren, zunächst einmal möchte ich dem deutschen Kreditgewerbe gratulieren. Die gute Vorbereitungsarbeit hat sich ausgezahlt. Die deutsche Kreditwirtschaft ist ab 28. Januar 2008 „SEPA-fähig“!

SEPA ist keine Option, sondern eine wirtschaftliche und politische Notwendigkeit. Um SEPA zu verstehen, muss man sich die heutige Situation im europäischen Zahlungsverkehr vor Augen führen. Bis jetzt sind die verschiedenen Märkte für Zahlungsdienste entlang der nationalen Grenzen fragmentiert. Europa ist durch unterschiedliche technische Standards, historische Gewohnheiten und unterschiedliche rechtliche Regelungen gekennzeichnet.

Mit SEPA wird diese Fragmentierung überwunden; Europa wächst auch im unbaren Zahlungsverkehr zu einem gemeinsamen Markt zusammen. Italienische Genossenschaftsbanken, deutsche Sparkassen und niederländische Banken – um nur einige wenige zu nennen – stehen dann in einem unmittelbaren Wettbewerb.

Was aber bringt SEPA den Nutzern? Nun: Der gesamte Euro-Zahlungsverkehr kann künftig über ein beliebiges Konto in Europa abgewickelt werden. Die Banken werden deshalb künftig noch stärker um ihre Geschäfts- und Privatkunden werben müssen.

Und Attraktivität erreicht man nur über Leistung und / oder Preise. Die Banken werden deshalb mehr Komfort und mehr Sicherheit bieten und insbesondere auch im Firmenkundengeschäft noch besser die internen Abwicklungsprozesse unterstützen. Und sie werden konsequent ihre Kostenbasis durch Standardisierung, Harmonisierung und Konsolidierung weiter senken – zum Nutzen der gesamten Wirtschaft, der öffentlichen Verwaltung und der Verbraucher.

2 Aktive Unterstützung durch die Bundesbank

SEPA ist in erster Linie ein Projekt des europäischen Kreditgewerbes. Aber auch die Bundesbank ist in vielfältiger Weise in die Aktivitäten eingebunden:

- Als Teil des Europäischen Systems der Zentralbanken wirkt die Bundesbank auf europäischer und nationaler Ebene als politischer „Katalysator“ mit. Wir übernehmen die Rolle des „europäischen Visionärs“, fungieren aufgrund unserer Expertise als Ratgeber, wenn nötig auch als Mahner und stellen das politische Bindeglied zwischen Europa und Deutschland dar.

-
- Daneben leisten wir auch praktische Hilfestellungen. So wird z.B. auf Bitten des deutschen Kreditgewerbes die für die Einreichung von SEPA-Lastschriften notwendige Gläubiger-Identifikationsnummer – den von Herrn Fieseler erwähnten „Credit Identifier Code“ künftig von der Deutschen Bundesbank vergeben.
 - Zudem hat die Bundesbank ihr eigenes Clearingsystem für Banken, den Elektronischen Massenzahlungsverkehr (EMZ), an die Erfordernisse von SEPA angepasst. Banken können ab 28.01.2008 SEPA-Überweisungen über den EMZ abwickeln.
 - Da viele öffentliche Verwaltungen ihre Konten bei der Bundesbank unterhalten, ist sie gefragter Ansprechpartner, wenn es um die Umstellung auf SEPA geht. Auch für öffentliche Verwaltungen ist eine Abwicklung von SEPA-Überweisungen über die Bundesbank ab 28. Januar möglich.

Aber SEPA darf nicht nur *möglich* sein, sondern muss *Wirklichkeit* werden. Was ist dazu noch erforderlich?

3 Die Politik ist weiter in der Pflicht

Die europäische Kreditwirtschaft hat seit 2002 sehr engagiert gearbeitet. Die Hauptaufgabe der Politik war die Bereitstellung des rechtlichen Rahmens. Die Zahlungsverkehrsrichtlinie ist – dank des nachhaltigen Einsatzes der deutschen Präsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 – nun endlich verabschiedet. Aber es hat länger gedauert als ursprünglich erwartet. Und die Umsetzung muss erst bis zum 1. November 2009 erfolgen. Wegen der bis dahin fehlenden Rechtsgrundlage wird es vorher wohl kaum ein europaweites Angebot der SEPA-Lastschrift geben.

Aber ich sehe noch weiteren Handlungsbedarf.

- Ähnlich wie im deutschen Einzugsermächtigungsverfahren basiert auch das SEPA-Lastschriftverfahren auf einem Mandat. Leider sind beide Mandate nicht deckungsgleich. Gerade in Deutschland – dem größten Lastschrift-Nutzer in Europa

– sollten wir unter Kostengesichtspunkten auf die Einholung mehrerer Hundert Millionen neuer Mandate verzichten. Der deutsche Gesetzgeber muss diese Problematik im Zusammenhang mit der Umsetzung der Zahlungsverkehrsrichtlinie in deutsches Recht lösen. Ansonsten rückt der Zeitpunkt sehr in die Ferne, wann aus der SEPA-Vision Wirklichkeit werden kann.

- Zweitens: Die EU-Kommission wirkt zwar einerseits als unermüdlicher „Promotor“ für SEPA. Auf der anderen Seite stehen aber noch wichtige Rahmenbedingungen für das europäische Kartengeschäft und den Lastschriftinzug aus. So ist dringend zu entscheiden, ob und unter welchen Bedingungen sog. Interbanken-Entgelte (Interchange Fees) zulässig sind. Ohne Kenntnis der preispolitischen Rahmenbedingungen können die Kreditinstitute keine längerfristigen Produktentscheidungen zu SEPA-Karten und SEPA-Lastschriften treffen.

Und ich möchte natürlich auch den Appell von Herrn Fieseler hier aufgreifen: Die öffentliche Hand muss konsequent sein. SEPA ist auch ein politisches Projekt mit voller Unterstützung der EU-Kommission und der EU-Mitgliedstaaten. Deshalb sollten die öffentlichen Stellen möglichst zügig ihren Zahlungsverkehr auf die neuen SEPA-Verfahren umstellen. Diese Forderung gilt natürlich auch für die großen Unternehmen als weitere „Schlüsselanbieter“ im Zahlungsverkehr.

4 Mehr Aufklärung auch seitens der Kreditwirtschaft notwendig

Die Regelwerke, die technischen Infrastrukturen und die Bereitschaft zum Angebot der SEPA-Überweisung – sowie in 2009 der SEPA-Lastschrift – sind zwar da. Aber werden die neuen Verfahren auch angenommen? Und was fehlt noch? Lassen Sie mich drei Dinge kurz skizzieren.

- Erstens: Trotz verschiedener Informationsaktivitäten der Kreditwirtschaft ist vielen Bankkunden das SEPA-Projekt noch unbekannt. Das gilt leider nicht nur für Privatkunden, sondern auch für große Teile der Unternehmenskundschaft. Hier gilt es, noch stärker und breiter als bisher über die SEPA-Produktangebote zu infor-

mieren. Und manchmal sind es nur Kleinigkeiten. – Herr Fieseler hat dies teilweise schon angesprochen. – Konkret: Wirtschaftsunternehmen, öffentliche Einrichtungen und Freiberufler sollten darauf hingewiesen werden, auf Rechnungen immer ihre IBAN und den BIC ihrer Bank anzugeben. Und auch den Rechnungen beigefügte Zahlscheine sollten entsprechend ausgefertigt sein.

- Zweitens: Den Nutzern muss klar gemacht werden, was SEPA in punkto Leistung bedeutet. Konkret: Unterschiede erläutern, Vorteile aufzeigen, bedarfsgerechte Zusatzleistungen bieten.
- Drittens: Das „Preis-Leistungsverhältnis“ muss auch bei SEPA stimmen. Ohne zu wissen, was es kostet, wird kein Bankkunde die neuen SEPA-Produkte *nutzen*. Und ohne attraktives „Preis-Leistungsverhältnis“ wird kein Bankkunde die neuen SEPA-Produkte *nutzen wollen*. Langfristig sollten sich wegen des steigenden Wettbewerbs und des Kostensenkungspotenzials im Durchschnitt keine höheren Preise durchsetzen lassen. Aber die SEPA-Idee würde bereits empfindlich beschädigt, wenn die Nutzer SEPA in erster Linie mit dem Gedanken an einen Preisschub verbinden. Und es würde auch den Umstieg auf die neuen Verfahren belasten.

5 Gemeinsames europäisches Kartensystem schaffen

Mit der von Herrn Fieseler vorhin schon beschriebenen Gründung von EAPS haben sich einige, bis jetzt primär national agierende Kartensysteme auf den Weg zu einem europäischen Kartensystem gemacht. Die Bundesbank begrüßt diesen Schritt ausdrücklich, da bei einer europäischen Integration die beiden großen internationalen Kartengesellschaften mit einem weltweiten Abwicklungsnetz strategische Vorteile haben – zum Nachteil der heute mit hoher Effizienz arbeitenden nationalen Systeme. Aus unserer Sicht ist deshalb eine europäische Alternative aus Wettbewerbsgründen notwendig und zur Sicherstellung des bestimmenden Einflusses europäischer Marktteilnehmer dringend geboten. Mit einem Anteil von mehr als einem Drittel ist die Karte heute schon das wichtigste Instrument für unbare Zahlungen in Europa.

Wir sehen die deutsche Kreditwirtschaft mit ihrem „Electronic Cash“-System und ihrer Beteiligung an EAPS im europäischen Debitkartenmarkt gut aufgestellt. Zugleich sollte EAPS aber in eine langfristige Zielvision eingebunden werden, die aus dem Systemverbund ein technisch integriertes, europäisches System unter Einschluss aller Hauptmärkte in Europa hervorbringt.

Lassen Sie mich noch eine Bemerkung zu den Bedürfnissen des deutschen Einzelhandels im Zahlungsverkehr machen. Mit fast 1 Mrd. Transaktionen im Jahr spielt das Elektronische Lastschriftverfahren (ELV) immer noch eine wichtige Rolle. Aber es hat in der Vergangenheit gegenüber „electronic cash“ – der garantierten Zahlung mit Karte und PIN – verloren. Mit der Einführung der SEPA-Lastschrift wird das ELV erschwert, zum Beispiel durch umfassendere Mandatsdaten und das Fehlen einer „bei Sicht“ zahlbaren Lastschrift. Die Kreditwirtschaft sollte die ELV-Migration nicht nur als eine Sache des Handels betrachten, sondern im Dialog mit dem Handel eine Lösung erarbeiten. Dabei scheinen mehrere Wege denkbar, z.B. die Erweiterung des SEPA-Lastschrift-Regelwerks ebenso wie eine Substitution durch die SEPA-Kartenzahlung, ggf. mit der Option eines Verzichts auf die Zahlungsgarantie.

6 Möglichst frühzeitig einen Endtermin festlegen

Meine Damen und Herren, mit meinen Ausführungen habe ich fast die Ziellinie erreicht. Aber es sollte auch klar sein, wann SEPA die Ziellinie erreicht.

Aus gutem Grund hat sich die europäische Kreditwirtschaft auf einen schrittweisen Übergang auf die neuen SEPA-Verfahren festgelegt:

- Zum einen ist die Umstellung der gesamten Systeme kaum mit „einem Schlag“ möglich. Denn es werden ja nicht nur neue Formulare, sondern andere Verfahren mit anderen Standards unter anderen technischen Gegebenheiten eingeführt. Und das für fast 70 Mio. Transaktionen pro Tag alleine in Deutschland.

- Zum anderen sollen sich die gemeinsamen Standards über den Markt allmählich durchsetzen. Gerade ein solcher marktgesteuerter Ansatz ermöglicht eine flexible und die Ressourcen schonende Umstellung bei den einzelnen Nutzergruppen.

Wir sollten von dieser Strategie nicht abweichen. Sie ist einer verordneten Umstellung deutlich vorzuziehen. Aber sollten wir nicht die Strategie dadurch anreichern, möglichst frühzeitig – und zwar bereits kurz nach dem SEPA-Start – über das Ende der Altverfahren zu reden?

Die Migration ist ein komplexer Prozess mit vielen Beteiligten. Zudem ist der SEPA-Umstieg zunächst mit Anpassungsaufwendungen verbunden. Und die Altverfahren deutlich teurer als die neuen SEPA-Verfahren anzubieten, ist kaum eine realistische Handlungsoption.

Ein Endtermin würde die notwendige Dynamik beim Übergang zu SEPA unterstützen - im Wege eines marktgetriebenen Prozess ohne regulatorische Eingriffe. Und ein Endtermin verhindert eine lange und für die gesamte Wirtschaft teure Parallelphase, in der zwei Systemwelten nebeneinander betrieben und gepflegt werden müssen.

Sie sehen, meine Damen und Herren: SEPA wird kein Kurz sprint über 100 Meter, sondern ein Langstrecken-Lauf. Und höchste Priorität hat dabei ein Erfolg im jetzigen „Rennen“: die Nutzung zu stimulieren und eine kritische Masse von Zahlungstransaktionen auf SEPA-Verfahren zu migrieren. Erst dann sollte man sich intensiv mit weiteren Schritten und neuen Zielen – dem weiteren Ausbau von SEPA – befassen.

Vielen Dank!